

## Zusammenfassung

### *“The Consequences of Public Authority Liability”*

von Daniel Squires

Bei der Analyse der Haftung von Behörden für Pflichtverletzungen im Vereinigten Königreich, stellt Squires fest, dass das Recht in diesem Bereich auffallend instabil und schwankend ist. Er meint, dass dies daran liegt, dass die Rechtsprechung dazu auf einander widersprechenden Ansichten zur Beziehung zwischen Staat und Bürger und auf konfligierenden (und möglicherweise unbeweisbaren) Annahmen über den Effekt einer strengeren Haftung beruhte. Er vertritt die Auffassung, dass „die Ansicht, dass es ineffizient und der effektiven Durchsetzung der Pflichten von Behörden abträglich wäre, ihnen eine Sorgfaltspflicht aufzudrängen, ebenso plausibel ist, wie die gegenteilige Sicht, dass die drohende Haftung größere Sorgfalt begünstigt und letztlich öffentliche Gelder spart“. Indem er auf das Fehlen einer faktischen Basis für eine Sorgfaltspflicht hinweist, erinnert Squires daran, dass eine politische Entscheidung über die Beziehung zwischen Staat und Bürgern das Deliktsrecht fundieren muss. Squires diskutiert auch „Kompensation“ im engeren Sinn und fragt, ob man es vertreten kann, dass „Kläger, die eine Rechtsverletzung erleiden, unabhängig von den Folgen für das künftige Verhalten der Behörden Kompensation erhalten sollten“. Hierzu stellt er fest, dass das System des Deliktsrechts ein schlechtes Instrumentarium ist, Schadensersatz zu gewähren, wenn dies dessen Hauptziel ist. Er stellt ferner heraus (hier in Übereinstimmung mit McLean), dass Kompensation Einzelner wegen Pflichtverletzungen der Behörden aus den öffentlichen Kassen erfolgen muss, und damit aus dem gleichen Topf, den der Staat für andere Ziele verwenden könnte, oder allgemein zur Verfolgung öffentlichen Nutzens. Squires bemerkt abschließend, dass es anormal und schwer zu rechtfertigen sei, dass einige öffentliche Angestellte im Vereinigten Königreich Sorgfaltspflichten beachten müssten, andere hingegen nicht (warum haben Krankenwagenfahrer eine Sorgfaltspflicht, aber die Küstenwache nicht?). Zusammengefasst offenbart die aktuelle Rechtsprechung bezüglich der Haftung von Behörden wegen Pflichtverletzung im Vereinigten Königreich tiefe und ungelöste Spannungen in der politischen Sicht der Beziehung zwischen Staat und Bürgern und der daraus folgenden Haftung auf Schadensersatz, wenn etwas schiefgegangen ist.